

# Strategische Industriepolitik für die Gesundheitswirtschaft – Warum Deutschland Wachstum, Innovation und Resilienz neu priorisieren muss

— FORDERUNGEN DES FACHFORUMS GESUNDHEITSWIRTSCHAFT  
IM WIRTSCHAFTSFORUM DER SPD E.V.



## **Ausgangslage und Handlungsdruck**

Die industrielle Gesundheitswirtschaft ist als Leitbranche der deutschen Wirtschaft ein zentraler Faktor für Innovation, Wertschöpfung, Beschäftigung und Versorgungssicherheit. Als Verbindung von industrieller Stärke und technologischer Dynamik ist sie zugleich Grundlage einer resilienten Gesundheitsversorgung. Der Koalitionsvertrag setzt mit der Einordnung als Leitwirtschaft den richtigen Anspruch. In der politischen Umsetzung bleibt die industriepolitische Verankerung der Unternehmen der Medizintechnik-, Pharma- und Biotechnologiebranche jedoch hinter dem formulierten Anspruch zurück. Viele Maßnahmen sind zu fragmentiert und folgen keiner erkennbaren strategischen Linie. Die Branche wird stattdessen häufig vor allem als Kostentreiber adressiert, obwohl sie wesentlich zu Wachstum, Innovation und langfristiger Finanzierbarkeit beiträgt.

Die zentrale Herausforderung liegt dabei weniger in fehlenden Mitteln („Genug Geld im System“) als in disproportionaler Verteilung, nicht effizienten Strukturen und fehlender Priorisierung von Wachstum und Innovation. Viele innovative Unternehmen scheitern nicht an Ideen oder Forschungsexzellenz, sondern an fehlender Wachstumsfinanzierung und zu wenig Chancenkaptal, um in Deutschland zu skalieren und eigenständig zu bleiben. Ein nachhaltiger Wachstumspfad ist unter diesen Rahmenbedingungen kaum erreichbar.

Parallel steigt der internationale Wettbewerbsdruck. Staaten wie die Vereinigten Staaten und China stärken ihre industrielle Basis gezielt durch langfristige Förder- und Investitionsstrategien. Der aktuell stattfindende Pharma- und Medizintechnikdialog ist ein wichtiger Ansatz, sich der Verzerrung der Wettbewerbsverhältnisse bewusst zu werden. Entscheidend ist jedoch, den Dialog strukturell zu verstetigen und in eine kohärente industriepolitische Gesamtstrategie zu überführen.

## **Die Gesundheitswirtschaft als strategische Leitwirtschaft**

Die industrielle Gesundheitswirtschaft ist ein industrieller Kernbereich der deutschen Volkswirtschaft. Sie hat eine Leitfunktion und vereint Forschung, industrielle Wertschöpfung, hochqualifizierte Beschäftigung und technologische Souveränität. Bislang fehlt jedoch eine konsistente strategische Priorisierung in der Wirtschaftspolitik. Erforderlich ist eine klare Verankerung als industriepolitisches Handlungsfeld – über die Gesundheitspolitik hinaus, mit Schnittstellen zur Wirtschafts-, Forschungs-, Sicherheits- und Umweltpolitik.

# Zentrale Handlungsfelder einer strategischen Industriepolitik

## 1. Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit stärken

Wachstums- und Innovationsschwäche zählen zu den zentralen Herausforderungen des Standorts Deutschland. Eine wettbewerbsfähige industrielle Gesundheitswirtschaft ist Voraussetzung, um wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzukehren.

- Bürokratie abbauen und Verfahren konsequent beschleunigen
- Planbare, stabile und regierungsübergreifend konsistente regulatorische Rahmenbedingungen schaffen
- Verlässliche und langfristig stabile Rahmenbedingungen für Preisbildung, Erstattung und Finanzierung gewährleisten
- Effizienzpotenziale im System heben, ohne Innovationsanreize zu schwächen
- Regulatorische Eingriffe wie Herstellerabschläge planbar und konsistent ausgestalten
- Prävention und innovative Versorgungsansätze gezielt stärken

Kurzfristige Kostendämpfungsmaßnahmen, wie im GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz vorgeschlagen, dürfen nicht im Widerspruch zu notwendigen Investitionen und nachhaltigem Wachstum stehen. Gleichzeitig bedarf es eines verlässlichen politischen Rahmens, der nicht durch kurzfristige Richtungswechsel infrage gestellt wird.

## 2. Innovation in Anwendung bringen

Innovation ist sowohl Voraussetzung als auch Ergebnis von Wettbewerbsfähigkeit. Ziel muss es sein, vorhandene Innovationspotenziale schneller in die Versorgung und in den Markt zu überführen.

- Gesundheitsdaten als zentralen Innovations- und Standortfaktor erschließen
- Rechtssicheren, datenschutzkonformen und zugleich forschungsfreundlichen Zugang zu Gesundheitsdaten schaffen und durch verbindliche interoperable Standards sowie offene Schnittstellen (APIs) deren nutzbare und skalierbare Integration in die Versorgung sicherstellen
- Etablierung von Fast-Track-Verfahren zur Einführung neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden
- Transfer von Forschungsergebnissen und Innovationen zügig in Versorgung, Regelversorgung und Markt überführen
- Biotechnologie, Medizintechnik und klinische Forschung gezielt stärken
- Marktzugang für innovative Produkte beschleunigen und verbessern

Deutschland verfügt über leistungsfähige Innovationen – entscheidend ist, deren Anwendung und Skalierung zu ermöglichen.

### 3. Resilienz und Versorgung sichern

Die industrielle Gesundheitswirtschaft ist ein zentraler Pfeiler staatlicher Daseinsvorsorge und strategischer Resilienz.

- Lieferketten resilient und diversifiziert ausgestalten
- Produktionskapazitäten in Europa stärken und deren Vorhaltung vergüten
- Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln und Medizinprodukten gewährleisten
- Klare Kriterien und angemessene Finanzierung für Resilienzleistungen definieren

Resilienz ist mit Kosten verbunden und erfordert verlässliche politische Rahmenbedingungen. Die Gesundheitswirtschaft ist damit auch Teil einer erweiterten Sicherheits- und Standortpolitik.

### 4. Strategiedialog verstetigen und politisch wirksam machen

Der Pharma- und Medizintechnikdialog ist ein wichtiger Ansatz, muss jedoch strukturell weiterentwickelt werden.

- Dialogformate auf allen Ebenen – insbesondere auf Leitungsebene mit den relevanten Ministerien – institutionalisieren und dauerhaft fortführen
- Entwicklung und Umsetzung einer eigenständigen MedTech-Strategie vorantreiben
- Errichtung eines Unterausschusses „industrielle Gesundheitswirtschaft“ im Ausschuss für Wirtschaft und Energie im Deutschen Bundestag prüfen
- Ergebnisse systematisch in politische Entscheidungsprozesse überführen und eine verbindliche Rückkopplung zwischen Politik und Branche sicherstellen
  - Vorschläge aus den Dialogformaten in einem Zeit- und Maßnahmenplan darstellen
  - Diesen Zeit- und Maßnahmenplan in einer Dialogrunde auf Leitungsebene zum Jahresende verabschieden
  - Monitoring-, Evaluations- und Umsetzungsmechanismen etablieren

Dialoge sind nur wirksam, wenn sie konkrete politische Umsetzung erreichen.

## **Fazit: Leitwirtschaft konsequent stärken**

Die industrielle Gesundheitswirtschaft muss konsequent aus einer rein sektoralen Betrachtung herausgelöst und als strategische Leitwirtschaft mit konkreten strukturellen und organisatorischen Maßnahmen politisch verankert werden. Sie ist nicht nur Gegenstand der Gesundheitspolitik, sondern zugleich zentraler Bestandteil moderner Wirtschafts-, Innovations- und Sicherheitspolitik.

Eine erfolgreiche Politik für die industrielle Gesundheitswirtschaft erfordert einen klaren Fokus auf Wachstum, Innovationsfähigkeit, Resilienz, verlässliche Rahmenbedingungen und einen strukturierten Strategiedialog – eingebettet in die aktuelle finanzpolitische Debatte, aber mit langfristiger Perspektive. Zugleich ist klar: Reformen und neue Prioritätensetzungen werden nicht ohne Beiträge aller Beteiligten auskommen. Alle Akteure im Gesundheitswesen werden Veränderungen und auch Einschnitte mittragen müssen. Gerade deshalb braucht es verlässliche und planbare Rahmenbedingungen, damit notwendige Anpassungen nicht zu Investitionsunsicherheit führen.

Die industrielle Gesundheitswirtschaft ist ein zentraler Hebel zur Sicherung von Wachstum, Beschäftigung und langfristiger Finanzierbarkeit. Die politische Prioritätensetzung muss überdacht werden.

## Impressum

**Herausgeber** **Wirtschaftsforum der SPD e. V.**  
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium  
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)  
Prof. Dr. Susanne Knorre (Schatzmeisterin)  
Thomas Antonioli (Vizepräsident)  
Dr. Peter Güllmann (Vizepräsident)  
Nora Heer (Vizepräsidentin)  
Philipp Schlüter (Vizepräsident)  
Dr. Tanja Wielgoß (Vizepräsidentin)  
Michael Wiener (Vizepräsident)

**V.i.S.d.P.** Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der SPD e. V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer: R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

**Anschrift** Dorotheenstraße 35  
10117 Berlin

**Telefon** +49 (0)30 86322330  
**E-Mail** [mail@spd-wirtschaftsforum.de](mailto:mail@spd-wirtschaftsforum.de)  
**Internet** [spd-wirtschaftsforum.de](http://spd-wirtschaftsforum.de)

**Gestaltung und Satz** Anette Gilke, Hannover

**Stand** Mai 2026

**Hier finden Sie unsere Publikationen:**

